

BESCHLUSS

des 69. Ord. Bundesparteitags der FDP, Berlin, 12. bis 13. Mai 2018
(vorbehaltlich der Überprüfung durch das Wortprotokoll)

Deutsch-französische Zusammenarbeit vertiefen – die Europäische Union ordnungs- und außenpolitisch stärken

Ein deutsch-französischer Motor für Europa

Europa ist unsere Zukunft. Der Schlüssel zu einem Europa in Frieden, Freiheit und Wohlstand ist und bleibt die deutsch-französische Freundschaft. Wir Freie Demokraten setzen uns für diese besondere Beziehung ein und bekennen uns zur europäischen Einheit. Was mit der Montanunion am 18. April 1951 begann, war nicht weniger als der Grundstein für Sicherheit und Frieden in Europa; zugleich hat die Montanunion das deutsche Wirtschaftswunder ermöglicht. **Der Interessenausgleich zwischen Paris und Berlin ist und bleibt für uns Freie Demokraten Auftrag und Verpflichtung.** Mit seiner Grundsatzrede an der Sorbonne vom 26. September 2017 hat der französische Präsident eine große EU-Reform angestoßen. Wir wollen die ausgestreckte Hand Frankreichs ergreifen und die deutsch-französische Zusammenarbeit weiter vertiefen. Wir begrüßen Präsident Macrons Initiative zur Aktualisierung des Elysée-Vertrags. **Wir erkennen viele Gemeinsamkeiten zwischen Macrons Reformagenda und unseren Zielen.**

Zugleich wollen wir stets die Zusammenarbeit mit allen **anderen Nachbarn und EU-Partnern** vertiefen, um Positionen zu entwickeln, die in der Europäischen Union insgesamt mehrheitsfähig sind.

Zentrale Projekte in der Außen-, Entwicklungs-, Verteidigungs-, Handels- und Klimapolitik verwirklichen

Nur gemeinsam kann Europa auf globale Herausforderungen, wie grenzüberschreitenden Terrorismus und organisierte Kriminalität, Integrationsbewegungen und den Klimawandel angemessen reagieren.

Deshalb fordern wir:

- Eine **stärkere Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik**, basierend auf einer strategischen Tiefe, die von Deutschland und Frankreich vorangetrieben wird und mit den europäischen Partnern abgestimmt ist. Dies eröffnet in der Folge die Möglichkeit von **Entscheidungen mit qualifizierter Mehrheit im Rat.**
- Eine **europäisch abgestimmte**, effektive und wirksame **Entwicklungszusammenarbeit**; dabei sollte die Entwicklung des privaten Sektors in Afrika ein Schwerpunkt sein.

- Eine engere und effizientere **Zusammenarbeit der nationalen Nachrichtendienste** sowie die **schrittweise Schaffung eines europäischen Nachrichtendienstes**. Hierfür wollen wir gleichzeitig auch dessen demokratische Kontrolle durch das EU Parlament stärken. Wir begrüßen die beschlossene Einrichtung der europäischen Staatsanwaltschaft und treten für die Ausweitung ihrer Kompetenzen auf grenzüberschreitende, schwere und organisierte Kriminalität ein.
- Eine engere Zusammenarbeit in der Asylpolitik und den **Ausbau des europäischen Grenzschutzes**. Die Grenzagentur Frontex soll von der jetzigen zwischenstaatlichen Struktur zu einem echten Grenzschutz mit eigener Handlungsbefugnis und Kontrolle durch das Europäische Parlament ausgebaut werden.
- Die rasche Umsetzung des wegweisenden Beschlusses von 25 Mitgliedstaaten, die Ständige Strukturierte Zusammenarbeit im Verteidigungs-, Rüstungsentwicklungs- und Beschaffungswesen zu etablieren. Er ist richtungsweisend für den **schrittweisen Aufbau einer Europäischen Armee unter gemeinsamem Oberbefehl und parlamentarischer Kontrolle**.
- Den raschen Abschluss und die Ratifizierung der wichtigen Handelsabkommen mit Japan, Australien/Neuseeland, Singapur und Mercosur.
- Die Schaffung eines funktionsfähigen CO2-Marktes durch die Umsetzung der Ende 2017 vom europäischen Gesetzgeber beschlossenen Neu-Ausrichtung des EU-Emissionshandels.

Die Gemeinsame Agrarpolitik modernisieren

In diesem Zusammenhang kommt auch der **Modernisierung der Gemeinsamen Agrarpolitik** eine wichtige Rolle zu. Macrons Vorschläge zur Vereinfachung der Brüsseler Regeln und zu größeren Spielräumen für die Mitgliedstaaten gehen in die richtige Richtung, solange sie nicht zu Wettbewerbsverzerrungen führen. In diesem Zusammenhang soll die Förderung des ländlichen Raumes verstärkt und der Beitrag der Landwirtschaft zur Nachhaltigkeit im Sinne des Umweltschutzes und des Landschaftserhalts gewährleistet sein und vergütet werden. Wichtig ist, dass **landwirtschaftliche Betriebe unabhängig von Agrarzahlen aus dem EU-Haushalt werden**.

Den Binnenmarkt und die Wirtschafts- und Währungsunion ordnungspolitisch vertiefen

Wie der französische Staatspräsident unterstützen wir Freie Demokraten **die europäischen Initiativen** zu einer **Digitalunion**, einer **Kapitalmarktunion** sowie einer **Energieunion**. Wir streben eine deutliche Intensivierung und Vertiefung des EU-Binnenmarktes an. Ziel muss es sein, das Recht zu vereinheitlichen, Chancengleichheit aller EU-Marktteilnehmer zu schaffen und Monopole weiter aufzubrechen. Dadurch können wir mehr Wachstum, Arbeitsplätze und Stabilität erreichen. Wir sind uns einig, dass der **Schutz individueller Freiheiten** und der **Privatsphäre** sowie die Stärkung der Datensouveränität in der Digitalwirtschaft gewährleistet sein müssen. Außerdem wollen wir die **Mobilität junger Europäer** als Instrument gegen Jugendarbeitslosigkeit stärker fördern.

Wir wollen die **Bankenunion weiterentwickeln** und zum Kern eines starken und global wettbewerbsfähigen europäischen Bankensektors machen. Daher wollen wir den Binnenmarkt für Bank- und Finanzdienstleistungen vertiefen; gerade das Aufkommen digitaler Geschäftsmodelle bietet die Chance für eine stärkere Integration der europäischen Finanzmärkte. Zu einer starken Bankenunion gehört auch, den Finanzsektor krisenfest zu machen und zu **verhindern, dass insolvente Banken mit Steuergeld gerettet werden**. Marktwirtschaftliche Prinzipien wie fairer Wettbewerb und die Haftung von

Eigentümern und Investoren für die von ihnen eingegangenen Risiken müssen wieder **uneingeschränkt** zur Anwendung kommen. Systemrelevante Banken dürfen daher künftig nicht mehr mit Steuergeld gerettet, sondern müssen abgewickelt werden. Zu diesem Zweck wollen wir die europäischen Vorschriften zur Bankenabwicklung verschärfen. Auch eine direkte Kapitalstärkung von Banken durch den Europäischen Stabilitätsmechanismus darf künftig nicht mehr möglich sein. Außerdem müssen **Staatsanleihen ein marktgerechtes Risikogewicht erhalten und mit Eigenkapital unterlegt** werden. Wir unterstützen das Ziel, den Abbau notleidender Kredite europäischer Banken zu forcieren. Eine zentrale Einlagensicherung für die Bankenunion lehnen wir hingegen ab. Mit einer solchen zentralen Einlagensicherung wäre für viele Bankkunden eine schlechtere Absicherung bei höheren Kosten verbunden. Zudem würde ein solcher einheitlicher Einlagensicherungsfonds gerade die nicht wettbewerbsfähigen und krisenanfälligen Banken stärken; so könnten sich schwächere Banken günstiger als heute refinanzieren und ihre Risiken allen anderen europäischen Banken aufbürden. Auch das **Gebot der Subsidiarität** spricht eindeutig gegen die einheitliche Einlagensicherung in der Bankenunion, weil es sehr unwahrscheinlich ist, dass für die Lösung einer europaweit bedeutenden Bankenkrise die europäischen Abwicklungsregeln nicht ausreichen und zusätzlich auch das Einlagensicherungssystem benötigt wird. Daher sollten die Vorschläge für die **einheitliche Einlagensicherung nicht weiterverfolgt** werden.

Im **Steuerrecht** gilt es, den Kampf gegen Steuerdumping, Steuerflucht und Steuervermeidung gemeinsam zu führen. Außerdem wollen wir Steuerschlupflöcher schließen und die **bessere Vergleichbarkeit nationaler Steuermodelle** durch eine Harmonisierung der Bemessungsgrundlage herbeiführen.

Genau wie Präsident Macron verfolgen wir das Ziel einer Verbesserung der Lebensverhältnisse für die Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union. Aufgrund der unterschiedlichen strukturellen Gegebenheiten in den einzelnen Mitgliedstaaten kann es hierfür keine EU-weit einheitlichen Lösungen geben. **Deshalb lehnen wir eine europäische Arbeitslosenversicherung oder einen europäischen Mindestlohn ab.** Jeder Mitgliedstaat muss – im Rahmen der gemeinsam gesetzten europäischen Regeln – sein eigenes Programm der Strukturreformen entwickeln und konsequent umsetzen. Mit diesem **ordnungspolitischen Kompass** und den Grundsätzen der sozialen Marktwirtschaft können wir mehr Wohlstand für die Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union erreichen.

Mit dem „Europäischen Fonds für strategische Investitionen“ (EFSI), der Teil des „**Investitionsplanes für Europa**“ ist, **hat die Europäische Union den Einstieg in eine bessere Verwendung von EU-Haushaltsmitteln gefunden**, die wir nachdrücklich unterstützen. In Zusammenarbeit mit der Europäischen Investitionsbank (EIB) werden auf diesem Wege bis 2020 bis zu 500 Milliarden Euro an Investitionszusagen getätigt werden. In strategischen Bereichen wie Infrastruktur, Klimaschutz, Innovation und KMUs erwarten wir hierdurch die Schaffung und Sicherung von hunderttausenden Arbeitsplätzen. Auch kann der ökologische Umbau von Europa gefördert werden – als Beispiel haben wir eine deutsch-französische Initiative für die Förderung von Elektrobatterien vorgeschlagen. Darüber hinaus könnten weitere **zukunftsweisende Investitionen** über eine **Erhöhung des Kapitals der EIB** oder eine **Aufstockung des EFSI** angeschoben werden.

Ein **separates Budget für die Eurozone lehnen wir ab**, da wir in solch einem Sonderbudget neben dem ordentlichen EU-Haushalt einen zahlreiche EU-Partner unnötig provozierenden **Spalteffekt** sehen. Außerdem droht die Gefahr, dass mit diesem Budget **nötige Strukturreformen umgangen** und durch politisch gewollte Konsumausgaben oder **zweifelhafte Konjunkturprogramme ersetzt** werden können.

Wir wollen den ESM in einen **Europäischen Währungsfonds (EWF)** überführen. Das zentrale Kriterium für das Auflegen von Stabilisierungsprogrammen muss der **Krisenfall** für die gesamte Währungsunion sein, nicht die Schieflage einzelner Mitgliedstaaten. Primäres Ziel des EWF aber werden insbesondere die Stärkung der **finanziellen Eigenverantwortung** und die **Überwachung der Fiskaldisziplin** in den Mitgliedstaaten sein. Die **nationale Budgethoheit** muss dabei beachtet und geschützt werden. Zur Abfederung asymmetrischer Schocks sind zunächst die **nationalen Haushalte** zuständig, nur in Extremfällen soll der EWF als **ultima ratio strikt konditionierte Unterstützung** für höchstgefährdete Länder gewähren können, wenn dies zur Wahrung der Finanzstabilität der Eurozone insgesamt unabdingbar ist. Die Schaffung eines **zusätzlichen** Finanzinstruments oder Fonds für solche Notlagen lehnen wir ab. Der EWF muss auf einer soliden und rechtlich einwandfreien **Rechtsgrundlage** basieren. Eine solche bieten die europäischen Verträge nicht. Daher kann er nicht im EU-Recht begründet, sondern sollte durch völkerrechtlichen Vertrag eingeführt werden. Beschlüsse über neue Hilfsprogramme dürfen nur mit **Zustimmung aller EWF-Mitgliedstaaten** gefasst werden, denn sie sind es, die das Geld bereitstellen. Darüber hinaus sollte der EWF als eine von der Kommission unabhängige Überwachungsinstitution für die **Einhaltung der europäischen Fiskalregeln** – sowohl für den Stabilitäts- und Wachstumspakt als auch für den Fiskalpakt – zuständig sein. Wir brauchen darüber hinaus eine **Insolvenzordnung für Staaten**, so dass die Nichtbeistandsklausel der europäischen Verträge glaubwürdig wird.

Finanzielle Hilfen für strukturschwache EU-Gebiete sollen statt durch neue Fonds oder Instrumente durch die existierenden EU-Struktur- und Kohäsionsfonds des EU-Haushalts geleistet werden, deren **Zielgenauigkeit und Wirksamkeit** jedoch im Rahmen der bevorstehenden Verhandlungen über den nächsten mehrjährigen EU-Finanzrahmen (2021–2028) zu überprüfen und zu **verstärken** ist. Wir werden hier die gebotene **Solidarität** mit reformwilligen EU-Partnern zeigen, erwarten aber auch im Gegenzug **Solidität**.

Außerdem setzen wir uns dafür ein, den **Fiskalpakt in die europäischen Verträge** zu überführen und die Unabhängigkeit der Überwachung seiner Einhaltung zu stärken. Wir stimmen mit dem französischen Staatspräsidenten überein, dass **keine Altschulden vergemeinschaftet** werden dürfen.

Aktiv bei der institutionellen Reform der EU mitwirken

Wir freuen uns, dass Macrons institutionelle Vorschläge sich fast vollständig mit unserer Reformagenda für die EU decken. Erstens haben wir immer betont, durch **transnationale Listen bei der Wahl für das Europa-Parlament** dem Bürger europäische Kandidaten präsentieren zu wollen. Zweitens haben wir nun mit Macron einen gewichtigen Unterstützer für unsere Forderung, die **Kommission auf 15-20 Personen zu verkleinern**. Drittens steht auch der französische Staatspräsident dem **Europa der mehreren Geschwindigkeiten** positiv gegenüber. Dabei wollen wir keine neuen Gräben zwischen Ost und West aufreißen; vielmehr geht es darum, dass Staaten, die eine weitere Vertiefung unterstützen, den Weg vorzeichnen, dem andere EU-Staaten zu einem späteren Zeitpunkt folgen können. Genau diese zukunftsweisende Methode wurde nun bei der Verteidigungspolitik erfolgreich genutzt.

Wir **unterstützen aktiv gemeinsame Reformen für eine zukunftsfähige und bürgernahe Europäische Union**, die möglichst vor den nächsten Wahlen zum Europäischen Parlament im Sommer 2019 Gestalt annehmen sollten.